

Antworten auf Fragen

Erste Frage:

Am Montag, den 30. 3. 2009, wurde die 21. arabische Gipfelkonferenz abgehalten. Anstatt wie geplant 2 Tage anzudauern, hat die Konferenz am selben Tag ihre Aufgabe erfüllt. Was steckt nun hinter diesem Gipfel? Und in wieweit sind seine Beschlüsse effektiv?

Antwort:

Hinter dieser Gipfelkonferenz steckt nichts. Auch haben sich daraus keine nennenswerten Beschlüsse ergeben, um nach deren Effektivität zu fragen. Damit das Bild aber noch deutlicher wird, sei das Folgende erwähnt:

1. Die Gipfelkonferenzen werden jetzt routinemäßig im März eines jeden Jahres abgehalten.
2. Die Großmächte haben es sich zur Gewohnheit gemacht, die arabischen Gipfelkonferenzen für ihre Projekte bezüglich der Palästinafrage, die sie als Nahostfrage bezeichneten, zu instrumentalisieren. Zu Beginn der Gipfelkonferenzen, in den 1960er Jahren, waren die hierbei einflussreichen Staaten die USA und Großbritannien. Als der Einfluss Großbritanniens schwächer wurde, wurden die USA zur beeinflussenden und treibenden Kraft hinter diesen Konferenzen.
3. In letzter Zeit allerdings wurde die Situation der USA erschüttert und instabil. Sie haben nun Prioritäten, denen sie gegenüber der Nahostfrage den Vorrang geben, insbesondere nachdem die Wirtschaftskrise sie ergriffen hat. Hinzu kommt noch ihr Dilemma im Irak und in Afghanistan. Deswegen haben sie ihr Hauptaugenmerk auf diese Prioritäten gelegt.
4. Aus diesem Grund haben die USA die Dinge laufen gelassen, obwohl sie imstande gewesen wären, Netanyahu bei den Wahlen verlieren zu lassen, wie sie es schon einmal getan haben, insbesondere nachdem dieser offen verkündete, dass er die von den USA angestrebte Zweistaatenlösung nicht wolle. Trotzdem haben sich die USA nicht weiter damit beschäftigt und sich damit begnügt, Barak in die israelische Regierung eintreten zu lassen, um das Gesicht zu wahren und der Welt zu zeigen, dass Netanyahu die Macht nicht allein in Händen hält, sondern sie mit jemandem teilt, der für ihre Lösung steht, nämlich Ehud Barak. Gleichzeitig wissen sie aber, dass der geringe Stimmenanteil, den er bei den Wahlen erhielt, ihn nicht dazu befähigen wird, Netanyahu am Weiterschreiten mit seinen Ansichten zu hindern.

All das weist darauf hin, dass die USA zurzeit keine Lösung für das Nahostproblem, und sei sie noch so schwach, auf ihren Arbeitsplan gesetzt haben. Mit anderen Worten lassen sie die Dinge in der Region weiterlaufen, ohne ernsthaft einzugreifen, bis sie ihre Prioritäten erledigt haben - oder zumindest einen gehörigen Teil davon. Danach werden sie sich dem „Nahostproblem“ zuwenden, wobei dann weder Netanyahu noch ein anderer Politiker des Judenstaates sie aufhalten kann. Insbesondere da Leben und Tod dieses Staates in Händen der USA liegen. Bis sie nun in ihrer Prioritätenliste weitergekommen sind, haben die USA das Handling der Palästinafrage ihrem treuen Vasallen Hosni Mubarak überlassen, der die Lücke entsprechend

ausfüllen soll. Mit einer Gipfelkonferenz hingegen wollen sich die USA derzeit nicht beschäftigen. Zwischenzeitlich schicken sie einen Entsandten oder Vertreter in die Region, um den gegenwärtigen Status Quo zu beobachten und entsprechende Informationen zu sammeln, bis die Zeit für das Nahostproblem gekommen ist, nachdem die USA in ihren Prioritäten genügend weit vorangeschritten sind.

5. Deshalb ließen die USA den Gipfel routinemäßig ablaufen. Mit anderen Worten sind die arabischen Herrscher zusammengekommen, haben gegessen, getrunken, sich angelächelt, gegeneinander protestiert und allgemeine Erklärungen über eine „Versöhnung“ von sich gegeben, die man auf verschiedenste Weise interpretieren kann.

Aus diesem Grund ist das Höchste, mit dem man diesen Gipfel attribuieren kann, die Feststellung, dass es sich um einen „Public-Relation-Gipfel“ der arabischen Herrscher handelt, bis die USA ihre Prioritäten erledigt bzw. zumindest einen gehörigen Teil davon bewältigt haben. Danach könnten kleine oder große, von den USA initiierte Konferenzen abgehalten werden, um Beschlüsse zu fassen, die den amerikanischen Interessen dienen.

Zweite Frage:

Am 23. 3. 2009 stattete der türkische Staatspräsident Abdullah Gül dem Irak einen zweitägigen Besuch ab. Es ist dies der erste Besuch eines türkischen Staatspräsidenten im Irak seit 33 Jahren. Er traf mit dem irakischen Staatspräsidenten Talabani, mit Premierminister Maliki und ebenso mit dem Premierminister der Provinz Kurdistan Nijervan Barsani zusammen. Dies veranlasste letzteren zu der Erklärung, dass das Zusammentreffen eines türkischen Staatspräsidenten mit ihm eine Anerkennung der Provinz Kurdistan durch die Türkei darstelle. (Türkisches Nachrichtenfernsehen am 25. 3. 2009). Talabani erklärte seinerseits bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem türkischen Staatspräsidenten, dass die PKK (kurdische Arbeiterpartei) die Waffen niederlegen oder verschwinden solle. (Radio Sawa 23. 3. 2009) Bedeutet dies nun, dass die Präsenz der PKK im Irak beendet ist und die Türkei im Gegenzug die Provinz Irakisch-Kurdistan anerkennt, jedoch innerhalb der Staatsgrenzen des Irak? Haben somit die irakischen Kurden die Hoffnung auf einen vom Irak unabhängigen kurdischen Staat aufgegeben, der ihnen von den Amerikanern versprochen wurde? Hatte der Besuch eine internationale Relevanz oder betraf er lediglich die bilateralen Beziehungen zwischen der Türkei und dem Irak?

Antwort:

1. Es stimmt, die Versprechen der USA an die irakischen Kurden bezüglich eines unabhängigen Staates für sie waren niemals ernst gemeint. Vielmehr gaben sie ihnen diese Versprechen, um sie beim Angriff auf ihre Geschwister im Irak zu instrumentalisieren, damit den USA die Besetzung des Irak erleichtert wird. In gleicher Weise versprochen im Jahre 1919 die Engländer dem Kurdenführer Mahmoud Al-Hafid einen kurdischen Staat als Gegenleistung für seinen Angriff auf das osmanische Fort in As-Sulaimaniyya. Seine Leute griffen das Fort an, töteten ihre osmanischen Geschwister und vertrieben diejenigen, die von ihnen überlebten. Danach brachen die Engländer ihr Versprechen und verbannten sogar Mahmoud Al-Hafid in ihre indische Kolonie. Ebenso bestand Großbritannien in dem mit dem

Osmanischen Staat im Jahr 1920 ausgehandelten Vertrag von Sèvres darauf, dass eine Passage über die Gründung eines kurdischen Staates eingefügt wird. Dies war nichts weiter als eine Störaktion gegen den Kalifen Wahid Ad-Din, da zu der Zeit die Delegation des Kalifen der Verhandlungspartner war. Als es den Engländern dann gelang, Mustafa Kemal als Staatspräsidenten einzusetzen und das Kalifat abgeschafft wurde, lehnten sie es ab, die Passage über einen kurdischen Staat in den 1924 ausgehandelten Lausanner Vertrag einfließen zu lassen. Dieser Vertrag wurde nämlich mit der laizistischen Republik Mustafa Kemals ausgehandelt, nachdem die Engländer ihr Ziel – die Zerstörung des Kalifats – bereits erreicht hatten. Nun war es nicht mehr nötig, diese Karte auszuspielen. Die Engländer hatten den kurdischen Nationalismus sowie alle anderen nationalistischen Bestrebungen in der Region entfacht. Sie instrumentalisierten diese von ihnen entfachten Bewegungen und wiegelten sie zum Ungehorsam und zur Rebellion gegen den islamischen Staat auf, um ihre eigenen Ziele zu erreichen. Danach verstoßen sie diese Kollaborateure oder benützen sie als ihnen ergebene Agenten, wenn sie sie als Herrscher oder Führer einsetzen. Sodann kamen die USA und spielten dasselbe Spiel. Sie zogen mit jenen Leuten, die mit ihnen kollaborierten, dieselbe Nummer ab: Erst gaben sie ihnen leere Versprechungen, damit sie ihre Interessen bedienen. Haben sich ihre Interessen erfüllt, lösen sich diese Versprechungen in Luft auf, als ob sie nie existiert hätten.

2. Es ist nicht abwegig, dass die Türkei die Provinz Kurdistan offiziell anerkennt, jedoch innerhalb der staatlichen Struktur des Irak und nicht als unabhängiger Kurdenstaat. Bedingung würde sein, die PKK endgültig aus dem Irak auszuweisen. So erklärte Abdullah Gül vor Journalisten nach seinem Treffen mit Nijervan Barsani: *„Ich habe ihm offen gesagt, dass sich die terroristische PKK-Organisation und ihre Basen auf eurem Gebiet befinden. Ihr müsst dagegen einen klaren Standpunkt beziehen. Ist diese Organisation einmal beseitigt, wird alles zwischen uns möglich sein. Ihr seid unsere Nachbarn und Verwandten.“* (Reuters, am 25. 3. 2009) Gül war bereits am 17. 3. 2009 in Istanbul, am Rande der 5. Weltwasserkonferenz, mit Talabani zusammengekommen. Von dort aus verkündete er die Unmöglichkeit der Entstehung eines kurdischen Staates und dass ein Kurdenstaat nur in der kurdischen Lyrik existiere. Er forderte zudem die PKK dazu auf, die Waffen niederzulegen.

Es scheint, dass die Herrscher der Provinz Kurdistan den türkischen Forderungen entsprechen wollen, um im Gegenzug die Anerkennung der Türkei zu erhalten. So erklärte Nijervan Barsani: *„Wir wollen gute Beziehungen zur Türkei und haben Verständnis für die türkischen Befürchtungen.“* (der amerikanische CNN-Sender, am 25. 3. 2009) Er fügte hinzu: *„Wir akzeptieren keine Angriffe auf Nachbarländer, die vom Irak oder von der Region Kurdistan aus geführt werden.“* (amerikanischer CNN-Sender, am 25. 3. 2009) Kürzlich wurde aus Quellen im türkischen Außenministerium verlautbart, dass die Türkei dem Ansuchen des Führers der Provinz Kurdistan Masud Barsani zu einem Besuch in Ankara entsprochen habe. (CNN, am 26. 3. 2009) Dieser Besuch ist mit derselben Angelegenheit verbunden, nämlich der Eliminierung der PKK aus der Provinz Kurdistan als Gegenleistung für eine türkische Anerkennung der Provinz innerhalb der Staatsgrenzen des Irak. Dies, obwohl die Präsenz der PKK im Nordirak mit Zustimmung der „Kurdischen demokratischen Partei“ Barsanis erfolgte.

3. Zudem diente der Besuch Güls auch der Lösung der Frage Kirkuks. Die Türkei lehnt es nämlich ab, dass Kirkuk der Provinz Kurdistan angeschlossen wird. So traf Abdullah Gül mit den

Vertretern der Turkmenen zusammen und versicherte ihnen, dass die Türkei die Angliederung Kirkuks an irgendeine Seite ablehne. Allerdings wurde diese Frage von ihm nicht sonderlich betont, weil sie für die Türkei von zweitrangiger Bedeutung ist. Außerdem weiß die Türkei, dass einer Angliederung Kirkuks an Kurdistan große Hindernisse im Wege stehen, von denen die Türkei nur eines darstellt.

Ebenso wurden auch andere Fragen erörtert, wie den Transport von Erdöl über die Türkei, die Handelsbeziehungen und die Erhöhung der Wasserkontingente. Beide Seiten zeigten diesbezüglich ihr Einverständnis.

4. Was die Frage anlangt, ob der Besuch eine internationale Relevanz habe, so ist sie zu bejahen, da der Besuch des türkischen Staatspräsidenten im Irak nach dem Beschluss der Amerikaner erfolgte, ihre Truppen stufenweise aus dem Irak – mit Ausnahme einiger brisanter Positionen – abzuziehen. Die USA wollen nämlich, dass ihnen loyale Staaten ihre Rolle im Irak übernehmen, damit keine andere Großmacht die Situation ausnützt und ihre Stelle einnimmt oder ihre dortige Hegemonie stört.

Hier kommt die mit den USA abgestimmte Rolle Irans ins Spiel. Diesbezüglich kam es zu einer Vereinbarung zwischen beiden Seiten, die mit dem Besuch des iranischen Staatspräsidenten in Bagdad im vergangenen Jahr gekrönt wurde. Die USA wollen sich aber nicht nur auf einen Staat verlassen. Ein Staat allein kann eine gewisse Rolle übernehmen, er kann aber nicht alles erfüllen, was die USA von ihm verlangen. Deswegen wollen die USA eine Rolle für die Türkei und Syrien und daher auch der Besuch Güls im Irak. Nach dem Besuch Güls kam der syrische Außenminister, besuchte den Irak und traf mit Talabani zusammen. Die USA können nämlich nicht alle ihre Ziele losgelöst von den Nachbarstaaten erreichen. Dies trifft auch auf ihre Politik in anderen Ländern zu. So sehen wir, wie sie sich Pakistans und des Irans bedienen, um ihre Ziele in Afghanistan zu erreichen. Die USA ziehen sogar jene Staaten heran, in denen sie sich den Einfluss mit den Briten teilen, wie Saudi-Arabien beispielsweise. In diesem Fall sollen die Saudis auf die Mujahidin einwirken, um Verhandlungen zuzustimmen. Die am 31. 3. 2009 abgehaltene Afghanistan-Konferenz in den Haag ist der beste Beweis dafür. So nahmen ca. 70 Staaten daran teil. Hierbei stach die Teilnahme des Iran am stärksten hervor, dessen Delegation auch mit dem amerikanischen Afghanistan-Beauftragten zusammentraf. Die Zusammenkunft wurde als „freundschaftlich“ bezeichnet.

Die USA wollen ihren Einfluss im Irak und ihre Position als Weltführungsmacht erhalten, nachdem sie schmerzvolle Niederlagen durch die dortigen Widerstandskämpfer einstecken mussten. Diese Niederlagen hätten sie fast ihre internationale Stellung und ihre Position als Weltführungsmacht gekostet. Nichtsdestotrotz wurde das Vertrauen in die USA als führende Weltmacht, die behauptet alles tun zu können, erschüttert.

Deswegen erging Obamas Botschaft an die Türkei, dass er sie zu Hilfe ziehen wolle. Die Zu-Hilfe-Ziehung der Türkei seitens der USA, oder besser gesagt die Instrumentalisierung der Türkei durch die USA, beschränkt sich nicht nur auf die Situation im Irak. Vielmehr existieren mehrere Angelegenheiten, in denen die USA die Türkei benützen wollen, wie die Frage Russlands und des Kaukasus' oder die Nahostfrage. Deswegen verkündete der neue amerikanische Präsident, dass er die Türkei bald besuchen werde. Obama hatte auch eine

Botschaft an den Iran gerichtet, um ihn neben dem Irak auch in Afghanistan zu Hilfe zu ziehen - oder besser gesagt, ihn dort zu benützen.

Dritte Frage:

Scheich Sharif Ahmad ist Präsident Somalias geworden. Bedeutet dies, dass die islamischen Gerichte nach Somalia zurückgekehrt sind und sich im gleichen Zustand befinden wie vor zwei Jahren? Wenn dem so ist, warum hat sich dann die Bewegung der Mudschahidin-Jugend (Harakat al-Shabab al-Mujahid) gegen sie gewandt, wo sie doch Teil der Gerichte war oder ihnen nahestand? Wenn Scheich Sharif Ahmad sich nun verändert hat und die Mudschahidin-Jugend sich gegen ihn gestellt haben, bedeutet dies, dass die Bewegung der Mudschahidin-Jugend eine ehrliche und aufrichtige Bewegung ist?

Antwort:

Es stimmt, Scheich Sharif Ahmad von heute ist nicht derselbe von gestern. Als er Chef der islamischen Gerichte war und an die Macht in Somalia gelangte, bekämpfte er die Hegemonialbestrebungen der ungläubigen Kolonialisten in Somalia und rief zur Implementierung der islamischen Scharia auf. Doch war sein politisches Bewusstsein schwach, wie es leider bei den meisten bewaffneten islamischen Bewegungen der Fall ist. Deswegen schickten die „Aufrichtigen“ eine Delegation zu ihm, die ihm den Rat gab, mit der Regierung Abdullah Yusufis nicht in Verhandlungen zu treten, da es sich um ein Anhängsel der USA handelte. Auch gab sie ihm den Ratschlag, weder in direkte noch in indirekte Verhandlungen mit den USA zu treten, wie z.B. durch ihre Agenten, unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen, der Arabischen Liga oder der Afrikanischen Union. Denn in all diesen Organisationen haben die USA nicht nur ihre Finger, sondern ihre ganzen Hände im Spiel, die manipulierend und lenkend eingreifen. Die Delegation gab ihm des Weiteren den Ratschlag, seine Feindschaft gegenüber den ungläubigen Kolonialisten aufrecht zu halten.

Leider hat er diesen Ratschlag nicht wirklich befolgt, sondern ist in Khartoum in Verhandlungen mit der Regierung Abdullah Yusufis eingetreten, und zwar unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen, der Arabischen Liga und der Afrikanischen Union.

Dies war der Fall, als er sich noch an der Macht befand. Nach dem äthiopischen Einmarsch verließ er Somalia, ging zuerst nach Kenia und dann nach Djibouti, wo er Chef des Djibouti-Flügels der somalischen Befreiungsbewegung wurde, nachdem sich die islamischen Gerichte gespalten hatten und sich in Asmara bzw. in Djibouti niederließen, obwohl es sich in beiden Fällen um westlich-loyale Staaten handelt. Während dieser Zeit tauchte Scheich Sharif tief in direkte und indirekte Verhandlungen ein, bis es mit ihm so weit war, dass er mit dem Segen der USA, des Westens und seiner Agenten zum Chef einer somalischen Regierung wurde, die sich nicht sehr von der Regierung Abdullah Yusufis unterscheidet. Dabei liefen die Dinge in folgender Weise ab:

1. Scheich Sharif verließ Somalia als Folge der Niederlage der islamischen Gerichte vor den äthiopischen Truppen Ende 2006. Die USA hatten Äthiopien dazu angestiftet, an ihrer Stelle Somalia zu besetzen. Als Scheich Sharif von Somalia nach Kenia ging, traf er den amerikanischen Botschafter in Kenia, wobei CIA-Verantwortliche dem Treffen beiwohnten.

2. Nachdem sich die islamischen Gerichte spalteten und zwei Flügel entstanden, übernahm Scheich Sharif die Führung des Djibouti-Flügels. Daraufhin begannen Verhandlungen zwischen ihm, der Regierung Abdullah Yusufs und Äthiopien, bis am 26. 10. 2008 das Abkommen von Djibouti vereinbart wurde.
3. Das Abkommen kam unter amerikanischer Betreuung und mit dem Einverständnis Äthiopiens zustande, da die äthiopische Armee zahlreiche Verluste hinnehmen musste und aus Somalia – allerdings unter Wahrung ihres Gesichts – abziehen wollte. Mit anderen Worten wollte sie durch ein Abkommen, das ihren Rückzug vorsieht, das Land verlassen. Deswegen begann Äthiopien nach Unterzeichnung des Abkommens Erklärungen betreffend den Rückzug ihrer Truppen abzugeben.
4. Die USA sind der Meinung, dass Scheich Sharif eher in der Lage ist, sich den Mujahidin entgegenzustellen, da er einen islamischen Background besitzt. Und Äthiopien als afrikanischer Staat ist nicht imstande, den Kampf gegen die so genannten „Islamisten“ fortzuführen. Daher war es für die USA sinnvoller, einen der „Islamisten“ für diese Rolle zu benützen. Und so setzten die USA ihre Agenten in Kenia und dem Sudan ein, um Scheich Sharif auf ihre Seite zu ziehen. Insbesondere der Sudan wurde zu diesem Zweck aktiviert. Der politische Experte Hasan Makki sagte dazu: *„Die sudanesishe Regierung teilte Sharif mit, dass er die Äthiopier nicht übergehen könne. Auch könne er nicht mit der internationalen Gemeinschaft umgehen, als ob diese nicht existierte. Und so begann er auf diese Ratschläge zu hören, insbesondere da er Absolvent der sudanesischen Bildungseinrichtung ist.“* Makki fügte hinzu: *„Der sudanesishe Unterhändler spielte eine große Rolle bei diesen Versöhnungsgesprächen. (Er meint die Verhandlungsgespräche von Djibouti).“*

Und so gelang es den USA Scheich Sharif auf ihre Seite zu ziehen, und zwar bis zu dem Grad, dass er sogar anfängt, sie zu loben. In einem Interview mit dem Sender „Voice of America“ / Abteilung Somalia am 20. 2. 2009 beschrieb er die amerikanische Politik gegenüber Somalia seit Beginn der Verhandlungen bis heute als „positiv“ (!). Er fügte hinzu: *„Wir hoffen, dass diese Bemühungen fortgesetzt werden.“* (!!)

5. Nachdem Scheich Sharif mit der Stimmenmehrheit des Parlaments aus der Ära Abdullah Yusufs zum Präsidenten Somalias gewählt wurde, war der zweite Schritt die Wahl eines Premierministers. Auch hier kam die Rolle der USA zum Tragen. So wurde Omar Abdu I-Rashid Sharmarki für dieses Amt ausgewählt. Er lebt in den USA und wird nach amerikanischen Kriterien als „gemäßigt“ bezeichnet. Bei den Vereinten Nationen hatte er mehrere Ämter inne und war Botschafter Somalias in Washington während der Regierungsära Abdulla Yusufs.

Die USA waren darauf bedacht, ihm das Premierministeramt zu übertragen, weil er zuvor in den USA lebte. Auch wurden seine Hände durch den Bürgerkrieg nicht beschmutzt, weil er sich entfernt vom Geschehen und von seiner Heimat im Ausland aufhielt. Demzufolge findet er eine Art Akzeptanz in der somalischen Öffentlichkeit.

6. Erwähnenswert ist, dass es zur Gewohnheit der Kolonialstaaten zählt, jemanden, der ihre Interessen bedient, auszuspucken und durch einen anderen zu ersetzen, sobald sie ihr Interesse beim anderen sehen. Der alte wird durch den neuen, der ihre Interessen besser bedienen kann, einfach substituiert. So haben sich die USA von Abdullah Yusuf losgesagt, nachdem seine Karte

verbraucht und wertlos war. Er war nun verhasst und in seinem Verrat an Somalia bloßgestellt. So musste er am 29. 12. 2008 seinen Rücktritt bekanntgeben und Mogadischu verlassen. Er ging nach Puntland, seiner Geburtsstätte, die Provinz, die er von 1998 bis 2004 regierte, bis er zum Präsidenten Somalias ausgerufen wurde. Danach floh er in den Jemen.

7. Nachdem die USA erfolgreich darin waren, Scheich Sharif mit seinem islamischen Hintergrund als Staatspräsidenten einzusetzen und eine Person, die nicht in den Bürgerkrieg involviert war, ins Premierministeramt zu hieven, glaubten sie, die Kontrolle über Somalia nun in Händen zu halten. So entsprang Scheich Sharif den islamischen Gerichten, die sich während ihrer Herrschaft auf eine öffentliche Meinung stützen konnten. Auch der neue Premierminister würde eine allgemeine Akzeptanz unter den Menschen finden, weil seine Hände aus dem Bürgerkrieg nicht mit Blut beschmiert waren. Doch haben sich die USA getäuscht. Die Wahrheit über die neue Regierung in Somalia ist klar geworden. Man erkennt deutlich, dass sich diese Regierung von der alten kaum unterscheidet, außer dass sie sich in einem „verzierteren“ und schöneren Gewand zeigt.

Wenn man Gutes annimmt, so liegt der Unterschied zwischen beiden Regierungen darin, dass Abdullah Yusuf den USA wissentlich diente, während Scheich Sharif es unwissentlich tut und glaubt, für Somalia damit Gutes zu erreichen. Wir hätten Scheich Sharif gewünscht, dass er so geblieben wäre, wie er es am Anfang gewesen ist: weit ab von den Verschwörungen der ungläubigen Kolonialisten. Vielleicht kehrt er – so Gott will – zu seiner früheren Haltung zurück.

8. Nachdem die Wahrheit über die neue Regierung offen zutage trat, setzte sich der Widerstand der Muslime in aller Heftigkeit fort. Zu den hervorstechendsten Widerstandsgruppen zählt die Bewegung der Mudschahidin-Jugend.

Die Bewegung der Mudschahidin-Jugend spaltete sich von den islamischen Gerichten ab, und zwar sowohl vom Asmara- als auch vom Djibouti-Flügel, nachdem beide Flügel das Asmara-Abkommen im September 2007 unterzeichneten. Die Bewegung warf ihnen vor, sich mit den Laizisten verbündet und den Dschihad im Namen Allahs aufgegeben zu haben.

Die Bewegung der Mudschahidin-Jugend erklärte auch, dass sie gegen Äthiopien und die Vereinigten Staaten den Dschihad fortsetzen wollen, bis das gesamte Gebiet des afrikanischen Horns befreit ist. Auch will sie eine islamische Herrschaft etablieren, die sich über die engen Nationalismen hinwegsetzt.

Das amerikanische Außenministerium gab in einer Erklärung bekannt, dass die Bewegung der Mudschahidin-Jugend eine „extremistische und gewalttätige Gruppe“ sei und eine Anzahl ihrer Mitglieder zur Al-Kaida gehöre. (Chinesische Volksw Webseite, am 18. 3. 2008) Die USA hatten Mitte 2007 den früheren Anführer der Gruppe Ismail Arali in Djibouti verhaftet und ins Guantanamo-Lager gebracht. Die Bewegung wählte daraufhin Mukhtar Abdurrahman „Abu Az-Zubair“ zu ihrem Anführer und Mukhtar Ribu „Abu Mansur“ zu ihrem offiziellen Sprecher. (Al-Arabiyya, 22. 12. 2007) Der offizielle Sprecher antwortete dem amerikanischen Außenministerium mit den Worten: *„Unsere Beziehung zur Al-Kaida ist die Beziehung des Muslims zu seinem muslimischen Bruder. Zum Wesen des islamischen Überzeugungsfundaments*

zählt das Prinzip von „al-Wala’ wa l-Bara“¹ und dass wir uns von den Ungläubigen abwenden und uns mit allen Muslimen verbinden und sie lieben.“ Er sagte auch, dass die Bewegung „froh und stolz“ über die Entscheidung der Vereinigten Staaten sei, sie auf die Terrorliste zu setzen. In einer Erklärung der Bewegung vom 5. 4. 2008 heißt es: „Wir wissen mit absoluter Sicherheit, dass wir nicht deswegen ins Visier genommen wurden, weil wir Somalier sind, sondern weil wir die Idee des Dschihad in seiner allgemeinen Bedeutung tragen. Diese Bedeutung erkennt die illusionären Grenzen und das, was als „internationales Gesetz“ bezeichnet wird, nicht an.“

Die Bewegung der Mudschahidin-Jugend konnte viele der somalischen Städte unter ihre Kontrolle bringen. Sie kontrolliert weit mehr Städte als die somalische Regierung. Es scheint, dass sie die ungläubigen Kolonialisten ehrlich und aufrichtig bekämpft. Allerdings liegt der Schwachpunkt der bewaffneten, islamischen Gruppen – wie erwähnt – in ihrem mangelnden politischen Verständnis. Wir bitten Allah, den Erhabenen, dass die Bewegung ihre unbeugsame Haltung gegenüber den ungläubigen Kolonialisten aufrecht hält.

Nichtsdestotrotz verfügt diese Bewegung über mehr politisches Bewusstsein als die „islamische Partei“, die ebenso in Opposition zur Regierung Scheich Sharifs steht. Diese Partei besteht aus vier Gruppierungen, von denen die maßgeblichste die Bewegung zur Befreiung Somalias / Asmara-Flügel ist. Dieser Bewegung steht Hasan Tahir Oweys vor. Die anderen drei Gruppierungen sind das Camponi-Camp, die islamische Front und das Faruq-Camp. So hat die der Mudschahidin-Jugend nahestehende Webseite „Mawqi’ Gringe“ am 24.1. 2009 Hasan Tahir Oweys gefragt, warum er sich in der eritreischen Hauptstadt Asmara befinde. Er antwortete: „Die Leute hier sind für uns wie der Negus (!! für die ersten Muslimen.“ So hat er es wörtlich formuliert!

Wir bitten Allah, den Erhabenen, dass er den islamischen Bewegungen Aufrichtigkeit Ihm gegenüber schenkt und Ehrlichkeit gegenüber dem Gesandten Allahs (s.). Mögen ihnen die Pläne der Ungläubigen und ihre Verschwörungen stets bewusst sein, denn diese schmieden Ränke gegen den Islam und hegen zusätzlich zu dem, was sie verkünden, im Inneren Böses gegen ihn:

((قد بدت البغضاء من أفواههم وما تخفي صدورهم أكبر))

„Hass hat sich aus ihren Mündern gezeigt, doch was ihre Herzen verbergen, ist schlimmer!“

Wer sich ihnen zuneigt, der verliert sein Diesseits und sein Jenseits. Und das ist wahrlich der deutliche Verlust. Die Belege dafür sind überaus zahlreich.

6. Rabi’ Ath-Thani 1430 n. H.

1. 4. 2009 n. Chr.

¹ wörtl. „Verbundenheit und Lossagung“. Unter diesem Titel wird das islamische Prinzip der Verbundenheit (*al-Walā*) mit Allah, Seinem Gesandten und den Gläubigen zusammengefasst sowie die Lossagung (*al-Barā*) von all jenen, die sich Allah und Seinem Gesandten widersetzen und einem anderen Weg als dem der Gläubigen folgen.